
Eine erfolgreiche Schweiz – ausserhalb der EU

Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor der WELTWOCHEN

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Botschafter,
sehr geehrte Damen und Herren*

Meine Überlegungen sind geprägt durch einen zweieinhalbjährigen Aufenthalt im EU-Staat Deutschland als Chefredaktor der sehr europafreundlichen, aber durchaus auch EU-kritischen Tageszeitung «Die Welt».

Vorausschicken möchte ich zudem: Ich bin als Journalist beeinflusst worden durch den medialen Mainstream der 80er und 90er Jahre. Damals setzten sich in erstaunlicher Einförmigkeit und Eintönigkeit folgende Glaubenssätze durch:

Die EU ist eine grossartige Sache, und wer die EU kritisiert, ist ein unsympathischer Geselle. Die Diskussion wurde vor allem auf moralischer Ebene geführt. Ich kann Ihnen versichern, dass EU-kritische Journalisten von ihren Kollegen mit Liebesentzug bestraft wurden.

Der Sonderfall Schweiz ist ein Auslaufmodell und möglichst rasch mit der EU und anderen internationalen Organisationen zu fusionieren. Der Glaube an die Unabhängigkeit, der Glaube an den Nationalstaat war verloren gegangen. Stattdessen wurde das Loblied des Internationalismus gesungen.

Kleinststaaten haben in einer globalisierten Welt keine Zukunftschance. Gerade ein Land wie die Schweiz müsse sich umgehend politisch öffnen, wie es hiess. Unsere Traditionen der direkten Demokratie und der nationalen Eigenverantwortung hätten sich überlebt. Einige Diagnostiker verstiegen sich zur Behauptung, die Schweiz würde ohne solche Massnahmen nicht überleben können.

Das war die Orthodoxie. Das musste geglaubt und geschrieben werden. Inzwischen, Sie ahnen es, bin ich der Meinung, dass es sich bei den genannten Glaubenssätzen um Irrtümer handelt.

Die Schweiz ist kein Auslaufmodell, sondern sie ist im Gegenteil ein Zukunftsmodell mit besten Aussichten. Ihr direktdemokratisches System hat den Wohlstand gesichert und eine Kultur der checks and balances, der Kontrollen und Machtbalancierungen zementiert, die ein grosser Vorteil ist, aber kaum durchschaut wird.

Andererseits krankt die EU an erheblichen inneren Widersprüchen. Sie ist aus demokratischer Sicht eine institutionelle Fehlkonstruktion. Ihre Schwierigkeiten sind nicht oberflächlicher Natur, sondern Ausdruck von Schwächen im Grundaufbau. Ausserdem muss gesehen werden, dass zwischen der Schweiz, wie sie ist, und der EU, wie sich darstellt, gravierende Inkompatibilitäten festzustellen sind. Die EU und die Schweiz, das haben mir zahlreiche EU-Politiker selber versichert, passen institutionell nicht zusammen.

1.) Die Schwächen der EU

Oft werden an der EU skurrile Nebensächlichkeiten kritisiert. Man belächelt Gurkennormierungen und Präservativgrössen. Man macht sich lustig über die Unfähigkeit der Eurokraten, einen europaweit gültigen Stromstecker herzustellen. Das sind lustige Anekdoten, aber sie zielen an den wirklichen Problemen der Organisation vorbei. In einem herausragenden Artikel hat der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog eine ausserordentlich schonungslose Kritik an der EU geäussert. Er sah vor allem zwei Gefahren: Zentralisierung und Demokratiedefizit.

Zentralisierung:

84 Prozent der jährlich für Deutschland verabschiedeten Gesetze werden in Brüssel, nicht in Berlin gemacht. Wenn Sie in Deutschland normale Leute auf der Strasse fragen, ob sie wissen, wo ihre Gesetze gemacht werden, ernten Sie ratlose Blicke. Nicht minder gravierend ist die Tendenz des Europäischen Gerichtshofs, seine Rechtssprechungskompetenzen auf Kosten der nationalen Gerichtshöfe auszudehnen. Herzog erwähnt die fatale Praxis der Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch die Grotteske um die E-101-Bescheinigungen. In der Tendenz, so der Verfassungsjurist, nehme die Zentralisierung zu. Dies sei nicht zuletzt auch an

den Bestrebungen abzulesen, wonach die EU stärker nach Mehrheitsentscheidungen zu führen sei.

Demokratiedefizite:

Was ist eigentlich eine Demokratie? Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Ein Volk gibt sich eine Regierung und kontrolliert diese. Oder wie es einmal der amerikanische Präsident Ronald Reagan formulierte: «We are a Nation and we gave ourselves a government.» Wir sind eine Nation, die sich eine Regierung gab. Bei der EU ist es umgekehrt: Hier haben wir es mit einer Regierung zu tun, die seit Jahrzehnten versucht, sich ein Volk zu geben. Aber: Es gibt kein europäisches Volk. Es gibt kein europäisches Demos. Demokratie ohne Demos ist reine Herrschaft.

In der EU ist das wichtigste gesetzgebende Organ der Ministerrat. Mitglieder der nationalen Exekutivregierungen mutieren in Brüssel also zu Legislativpolitikern. Dieser Vorgang ist bemerkenswert. Er bedeutet, dass ein aus Regierungsmitgliedern zusammengesetztes Gremium die Hauptverantwortung trägt für die Verabschiedung von Gesetzen. Diese Konstruktion bedeutet einen Rückfall hinter die Grundlagen der Gewaltenteilung. Ex-Bundespräsident Herzog schreibt in seinem Artikel: «Die Gewaltenteilung als grundlegendes, konstituierendes Prinzip der verfassungsmässigen Ordnung Deutschlands ist für grosse Teile der bei uns geltenden Gesetze aufgehoben». Ja, viele Minister spielen sogar Gesetze, die sie zu Hause nicht durch die Parlamente bringen, mit grossen Erfolgsaussichten «über die Bande» in Brüssel.

Doch es geht noch weiter. Wir haben es geradezu mit einer Entmündigung der nationalen Parlamente zu tun. In Deutschland hat der Bundestag lediglich das Recht, frühzeitig von seiner gesetzgebenden Regierung informiert zu werden. Ausserdem darf er zu den verabschiedeten Gesetzen Stellung nehmen. Mehr nicht. Denn die Regierung hat ausdrücklich das Recht, «aus wichtigen aussen- oder integrationspolitischen Gründen abweichende Entscheidungen zu treffen.» Im Klartext: Die Regierung kann und darf auch gegen ausdrückliche Beschlüsse des Bundestages handeln.

Beispiele: Alle wesentlichen EU-Entscheidungen sind in Deutschland ohnehin ohne das Volk getroffen worden, EURO, Osterweiterung, etc.

Das sind keine Nebensächlichkeiten, sondern Indizien für tiefgreifende Konstruktionsfehler der Europäischen Union. Es ist bezeichnend, dass auch hohe EU-Politiker ins Schleudern

kommen, wenn sie auf diese Probleme angesprochen werden. Ich hatte die Gelegenheit, den EU-Kommissionspräsidenten Barroso zu fragen, ob er einem Schweizer eigentlich die EU definieren könne. Ist die EU ein Bundesstaat, oder ist sie ein Staatenbund? Der Kommissionspräsident meinte, es sei ja gerade das Spezielle an der EU, dass man sie in diesen begriffen nicht definieren könne. Sie sei eben weder das eine noch das andere, sondern etwas Drittes, «sui generis». Mit andern Worten der Kommissionspräsident war nicht in der Lage, Form und Auftrag der EU verbindlich zu bestimmen. Ich frage Sie: Sollte sich ein Journalist mit einer derart schwammigen Definition zufrieden geben? Erwarten Sie von einer Zeitung, dass sie sich mit derartigen Plattitüden abspeisen lässt?

Meine Damen und Herren: In der Vagheit spiegelt sich die Unfähigkeit der EU-Politiker, die Körperschaft zu definieren, für die sie sich einsetzen. Es passt ins Bild, dass auch im letzten, an den Wahlurnen abgeschmetterten EU-Verfassungsvertrag die Zuständigkeit und Verantwortung der EU nicht klar bestimmt werden konnten. Besser gesagt: Man wollte seitens des Verfassungskonvents die Kompetenzen nicht klarer festlegen, um, wie es hiess, der «dynamischen Entwicklungsfähigkeit» der EU nicht entgegenzuwirken. Wie sollen sich Bürger ein Bild von Grenzen und Zuständigkeiten einer politischen Körperschaft machen können, wenn nicht einmal die Sachwalter der Körperschaft sagen können, was für ein Gebilde sie eigentlich verkörpern?

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir ein paar pathetisch. Vielleicht altmodisch klingende Worte: In Europa wurde jahrhundertlang dafür gekämpft, dass die Macht aus den Dunkelkammern der Monarchien ans Licht der Öffentlichkeit gelangte. Es ist die Essenz demokratischen Handelns, dass Verantwortungen und Zuständigkeiten, die Verfahren und Entscheidungswege politischer Prozesse so präzise wie möglich feststehen. Nur so ist es möglich, dass der Souverän, das Volk, seine gesetzgebende, aber auch kontrollierende Macht wahrnehmen kann. Es ist eine grosse Ironie, dass die EU als angebliche Krönung der europäischen Geschichte ein geradezu uneuropäisches Konstrukt ist, weil es die Völker zugunsten der Regierungen entmachtet. Der linksliberale, renommierte Historiker Heinrich-August Winkler sprach in einem Essay für die FAZ von der EU als einer Art aufgeklärter Diktatur. Das sind starke Worte, und selbstverständlich sollten wir polemische Gleichsetzungen meiden, aber was Winkler meinte, ist genau diese Tendenz der EU, als demokratisch schwach legitimierte Exekutive abzuheben. Demokratie ohne Demos..

2.) Die Stärken der Schweiz

Auf Grund des Gesagten wird deutlich, warum die heutige Schweiz mit der heutigen EU nicht kompatibel ist. In unserem Land geht die Macht vom Volk aus. Unser Regierungssystem eignet sich nicht für einen EU-Beitritt. Der frühere Arbeitgeberpräsident Heinz Allenspach hat zu Recht in einem Artikel darauf hingewiesen, dass es auf Oberflächlichkeit oder arglistige Täuschung hinausläuft, wenn man in der Schweiz EU-Beitrittsdiskussionen führt ohne davon zu sprechen, dass wir unser Regierungssystem für einen Beitritt fundamental umbauen müssten.

Rückblickend erstaunt die Naivität der Euroturbos. Die Beitrittseuphorie verkennt die Identität des Landes. Was ist die Schweiz? Ein fragiles Gebilde unterschiedlichster Sprachgruppen und Mentalitäten. Was sie im Innersten zusammenhält, ist der demokratische Wille, gemeinsam über die Fragen zu bestimmen, die einen betreffen. Unsere Verfassung, die direkte Demokratie ist der Zentralnerv des Landes. Jeder kann an den wichtigsten Entscheidungen mitwirken. Kein Gesetz kommt durch ohne die ausdrückliche oder stillschweigende Billigung des Volkes. Die Schweizer sind Verfassungspatrioten und es war absurd zu glauben, dass man ein Land, da so stark von seiner Verfassung geprägt wird, gleichsam in einer Nacht und Nebel Aktion an ein neues Mutterschiff, an ein umfassendes Paragrafengebilde in Brüssel andocken könnte.

Direkte Demokratie

Die Schweiz ist kein Auslaufmodell. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass unsere Institutionen ausserordentlich zukunftsfähig sind.

Die direkte Demokratie ist eine hervorragende Versicherung gegen abgehobene politische Eliten und bodenferne Entscheidungen. Sie zwingt die Politiker dazu, sich in einer verständlichen Sprache auszudrücken. Die direkte Demokratie hat dazu geführt, dass in unserem Land falsche Entwicklungen von unten korrigiert werden können. Nehmen Sie nur den fatalen politischen Irrweg, den die Schweiz in den achtziger und neunziger Jahren beschritten hat: Staatsverschuldung, Erhöhung der Staatsquote, Steigerung der Steuern und Abgaben. Diese Abirrungen sind nicht vom politischen und medialen Establishment behoben worden, sondern von unten durch das Volk an den Urnen. Die Leute haben die Politik gezwungen, die Illusionen aufzugeben und einen besseren Weg einzuschlagen. Diese direktdemokratische Kultur ist ein Standortvorteil unseres Landes. Überspitzt formuliert: Die Schweiz hat sich in ihren wohl geordneten Institutionen ein Restmoment an heilsamer Anarchie bewahrt

mit dem Resultat, dass sich Freiheit und Selbstverantwortung nicht als blosser Redeformeln, sondern durchaus auch in der Realität erhalten konnten.

Unabhängigkeit

Entscheidend bleibt so gesehen die politische Unabhängigkeit unseres Landes. Grenzen sind nichts Schlechtes. Sie begrenzen und beschränken politische Macht. Sie zwingen die Politiker dazu, sich in einem überschaubaren Rahmen um ihren Auftrag zu kümmern. Es kommt nicht vor, dass Verantwortungen verwischt, verschoben und nicht wahrgenommen werden. Man weiss, wen man im Notfall abwählen kann. Selbst in einem kleinen Land wie der Schweiz ist es nicht immer möglich festzustellen, wer was genau verursacht hat. Gänzlich unmöglich wird es in einem multinationalen Gebilde wie der EU, das die Exekutivpolitiker stärkt und die nationalen Parlamente schwächt.

Man hat mir immer wieder gesagt, die EU sei eine Antwort auf die verheerenden Erfahrungen der europäischen Geschichte. Erlauben Sie mir dazu eine kleine Bemerkung: Was eigentlich sind die verheerenden Erfahrungen der europäischen Geschichte? Die verheerenden Erfahrungen hatten immer damit zu tun, dass schwach kontrollierte politische Eliten Entscheidungen von grosser Tragweite am Volk vorbei getroffen haben. Gerade die deutsche Geschichte ist ein tragisches Beispiel dafür, wie sich Regierungen unterschiedlichster Couleur in fahrlässiger Weise zu schlimmsten Entscheidungen ermächtigt haben. Ohne hier irgendwelche Gleichsetzungen zu wagen: Die EU wiederholt in mannigfacher Weise die Elitenarroganz, die so unheilvoll in der europäischen Geschichte wirkte.

Meine Damen und Herren: Ich rede hier keinem so genannt isolationistischen Kurs das Wort, Abschottung oder Abseitsstehen sind die gängigen polemischen Formeln. Ich halte gar nichts von solchen Begriffen. Die Schweiz war nie und ist kein isolationistisches Land. Sie ist wirtschaftlich aufs Engste mit Europa, mit der Welt verflochten. Sie ist mehrsprachig, weltoffen, wirtschaftlich früh globalisiert und erstaunlich erfolgreich für ein Land ohne Bodenschätze. Die Schweizer haben zunächst sich selber als Reisläufer exportiert, dann exportierten sie ihre Produkte und Dienstleistungen. Wir haben seit hunderten von Jahren keinen Krieg mehr angezettelt. Seit der Schlacht von Marignano, als man Italien erobern wollte, pflegt die Schweiz erfolgreich die Tugenden einer Privatbank. Man ist diskret, man ist pflichtbewusst, man hält sich in kluger Weise möglichst viele Optionen offen.

Es ist kein Widerspruch, sondern Ausdruck politischer Vernunft, dass die Schweiz ihre wirtschaftliche Weltoffenheit auf der Grundlage eines wohlgeordneten begrenzten demokrati-

schen Systems lancierte. Es gibt keinen Widerspruch zwischen politischer Unabhängigkeit und Eigenverantwortung und wirtschaftlicher Globalisierung. Im Gegenteil: Unsere demokratische, politik- und staats skeptische Kultur hat zu hervorragenden Standortvorteilen beigetragen: Privateigentum, Freiheit, tiefe Steuern, ein schlanker Staat sind grosse Attraktivitätsfaktoren. Es war schick, diese Qualitäten in den neunziger Jahren zu verhöhnern. Nach meinen Erlebnissen und Gesprächen in Deutschland muss ich Ihnen sagen, dass die Trauersänger des Schweizer Modells irren. Die sogenannt politisch weltoffenen Kreise haben sich in der Praxis als provinzieller und engstirniger erwiesen als die Leute, denen sie genau das vorwarfen. Wer etwas über die Schweizer Grenzen hinausschaut, erkennt, dass unser liberales, demokratisches und, ja, auf einem urkonservativen Misstrauen gegen politische Macht aufgebautes System die notwendige Kehrseite jener Goldmedaille ist, die unsere Wirtschaft über Jahrhunderte erarbeitet hat.

Die Zukunft

Ich sage nicht, dass die Schweiz niemals Mitglied der EU werden könnte. Sollte sich Europa jemals zu einer Freihandelszone souveräner Vaterländer entwickeln, könnte, ja müsste die Schweiz diese Chance vermutlich wahrnehmen. Eine politisch weniger ambitionierte, aber wirtschaftlich ehrgeizigere EU wäre auch für Länder wie die Türkei ideal. Hier ist meiner Ansicht nach auch die von Ihnen geäusserte Kritik an und Angst vor einer schleichenden Islamisierung Europas überzogen. Die zivilisierende Kraft der freien Märkte kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier liegt die Zukunft Europas. Nicht in einem Bürokrateneuropa, das institutionell hinter die Gewaltenteilung und damit hinter die Aufklärung zurückfällt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * *